

Zeitschrift:	Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber:	Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band:	81 (2001)
Heft:	11
Artikel:	Die Schweiz im Jahr 2060 : alternative Bevölkerungsprognosen und ihre Konsquenzen
Autor:	Münz, Rainer / Ulrich, Ralf
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-166541

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

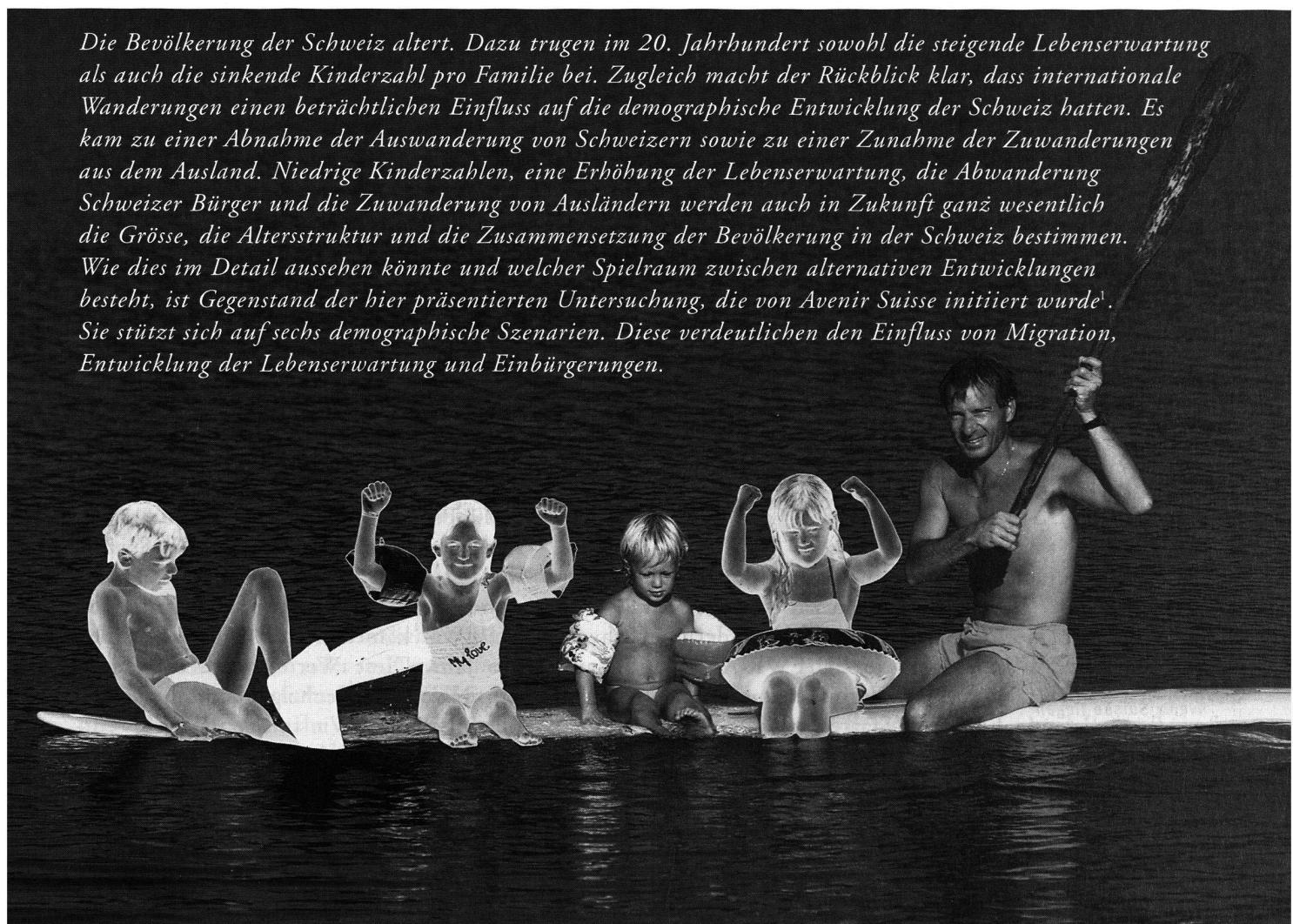
Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rainer Münz / Ralf Ulrich

DIE SCHWEIZ IM JAHR 2060: ALTERNATIVE BEVÖLKERUNGSPROGNOSEN UND IHRE KONSEQUENZEN

Die Bevölkerung der Schweiz altert. Dazu trugen im 20. Jahrhundert sowohl die steigende Lebenserwartung als auch die sinkende Kinderzahl pro Familie bei. Zugleich macht der Rückblick klar, dass internationale Wanderungen einen beträchtlichen Einfluss auf die demographische Entwicklung der Schweiz hatten. Es kam zu einer Abnahme der Auswanderung von Schweizern sowie zu einer Zunahme der Zuwanderungen aus dem Ausland. Niedrige Kinderzahlen, eine Erhöhung der Lebenserwartung, die Abwanderung Schweizer Bürger und die Zuwanderung von Ausländern werden auch in Zukunft ganz wesentlich die Grösse, die Altersstruktur und die Zusammensetzung der Bevölkerung in der Schweiz bestimmen. Wie dies im Detail aussehen könnte und welcher Spielraum zwischen alternativen Entwicklungen besteht, ist Gegenstand der hier präsentierten Untersuchung, die von Avenir Suisse initiiert wurde¹. Sie stützt sich auf sechs demographische Szenarien. Diese verdeutlichen den Einfluss von Migration, Entwicklung der Lebenserwartung und Einbürgerungen.



¹ Beim publizierten Text handelt es sich um eine Zusammenfassung der von Avenir Suisse initiierten Studie «Ageing and Migration: alternative demographische Szenarien für die Schweiz». Die integrale Fassung der Studie kann auf der Homepage von Avenir Suisse (www.avenir-suisse.ch) abgerufen werden.

© Verlag J. H. Röll, Dettelbach

Der gemeinsame Ausgangspunkt unserer für Avenir Suisse gerechneten Szenarien sind die aktuellen Bevölkerungsprojektionen des Bundesamts für Statistik (BFS) vom Mai 2001. Das BFS entwarf dabei drei Hauptzenarien zukünftiger Bevölkerungsentwicklung der Schweiz. Im offiziellen BFS-Szenario «Trend» wurden mittlere Fertilitäts- und Sterblichkeitsannahmen mit moderaten

Wanderungsannahmen kombiniert. Danach würde die Bevölkerung der Schweiz im Laufe der nächsten 60 Jahre schrumpfen. Eine Alternative zum Bevölkerungsrückgang in der Schweiz sieht das BFS «einzig in einer deutlichen Zunahme der Geburtenhäufigkeit». Kombiniert mit einer grösseren Verlängerung der Lebenserwartung und höheren Zuwanderungsraten wurde dies im offiziellen BFS-Sze-

Rainer Münz, geboren 1954 in Basel, ist seit 1992 Professor für Bevölkerungswissenschaft an der Berliner Humboldt-Universität. Davor war er Direktor des Instituts für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Ralf E. Ulrich, Dr. sc., studierte Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie (HfÖ) in Berlin. Er ist Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft an der Humboldt Universität zu Berlin und an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

2 Unserer Studie für Avenir Suisse liegen alternative Annahmen für die Projektion zu grunde, die in Zusammenarbeit mit dem BFS sowie mit Experten des Schweizerischen Forums für Migrations-Studien entstand. Wir verwendeten technisch das Prognosemodell des BFS, das die Projektionen rechnete. Die Ergebnisse der Avenir Suisse-Szenarien sind daher mit den offiziellen Szenarien des BFS gut vergleichbar. Die Differenz in den Ergebnissen ergibt sich ausschliesslich durch Unterschiede in den getroffenen Annahmen.

nario – «Positive Dynamik» durchgerechnet.

Die offiziellen Bevölkerungsprojektionen des BFS stellen mögliche Entwicklungen in methodisch transparenter, wohl begründeter und gut nachvollziehbarer Weise ab. Sie gehören zu den anspruchsvollsten Arbeiten auf diesem Gebiet in Europa. Dennoch sind auch andere Entwicklungen denkbar als die vom BFS angenommenen. Deshalb konzentrieren wir uns auf drei Fragen, die nach unserer Auffassung eine vertiefende Betrachtung verdienten:

1. Wie würden sich deutlich unterschiedliche internationale Wanderungen auf die Bevölkerungsgrösse, die Altersstruktur und die Struktur der Bevölkerung nach Gruppen von Staatsangehörigkeiten auswirken?
2. Welche Auswirkungen auf die Bevölkerungsgrösse und die Altersstruktur hätte eine zukünftige Entwicklung der Sterblichkeit, die deutliche Gewinne der Lebenserwartung auch für ältere Menschen brächte?
3. Wie würde sich eine Erhöhung der Einbürgerungen in der Schweiz auf die Struktur der Bevölkerung nach Gruppen von Staatsangehörigkeiten auswirken?²

In allen für Avenir Suisse gerechneten Szenarien gehen wir – wie das BFS – von durchschnittlich 1,5 Kindern je Schweizerin und je EU/EWR-Ausländerin aus. Für Ausländerinnen aus heutigen Nicht-EU/EWR-Staaten wurde angenommen, dass sich bis zum Jahr 2030 die Fertilität bei 2,1 Kindern je Frau stabilisiert und danach konstant bleibt.

Szenario MM (mittleres Migrationsniveau) unserer Untersuchung geht davon aus, dass sich der Wanderungsverlust der Schweizer Bürger bis zum Jahr 2015 auf –8000 Personen jährlich einpegelt. Für ausländische Zuwanderer aus (heutigen) EU/EWR-Staaten wurde ein langfristiger Wanderungsgewinn von +5000 Personen netto jährlich angenommen, für Zuwanderer aus Staaten ausserhalb von EU/EWR wurde ein jährlicher Wanderungssaldo von 23 000 Personen angenommen. Diese Zahlen entsprechen etwa dem Durchschnitt der Jahre 1980–1999. Diese Abgrenzung nach Herkunftsland bzw. Staatsbürger-

schaft orientiert sich an den heutigen 15 EU- und 3 EWR-Staaten. Es ist heute schon sicher, dass die EU in den kommenden Jahrzehnten bis zu 12 zusätzliche Mitgliedsländer aufnehmen möchte. In unserem Szenario bleiben Zuwanderer aus diesen Ländern allerdings terminologisch Nicht-EU/EWR-Bürger. Bei den Einbürgerungen rechnet Szenario 1 damit, dass jedes Jahr 1,5% der ausländischen Bevölkerung das Schweizer Bürgerrecht erhalten werden. Dies entspricht dem derzeitigen Wert.

Szenario MT (tiefes Migrationsniveau) untersucht die demographischen Folgen geringerer Zuwanderungen. Hier wurde für die einheimische Schweizer Bevölkerung ein langfristiger Wanderungsverlust von 10 000 Personen pro Jahr unterstellt, für die EU/EWR-Ausländer ein Wanderungsverlust von netto 3200 Personen jährlich und für die Nicht-EU/EWR-Ausländer ein jährlicher Wanderungsgewinn von nur 7000 Personen. Diese Zahlen entsprechen etwa dem Durchschnitt der Jahre 1996–1999. Alle anderen Annahmen entsprechen Szenario MM.

Szenario MH (hohes Migrationsniveau) verdeutlicht die Konsequenzen höherer Zuwanderungen. Der Wanderungsverlust der Schweizer Bevölkerung würde hier nur 6000 Personen netto pro Jahr betragen. Aus den (heutigen) EU/EWR-Staaten würden jährlich netto 7000 Personen zuwandern. Von Staaten ausserhalb von EU/EWR kämen netto 28 000 Personen pro Jahr. Diese Werte entsprechen etwa dem Niveau der Sechziger- und der späten Achtzigerjahre. Wie in Szenario MT entsprechen alle anderen Annahmen dem Szenario MM.

Szenario A untersucht die Folgen einer verstärkten Alterung durch Verlängerung der Lebenserwartung. Dazu wurde angenommen, dass die Lebenserwartung bei Geburt bei Männern bis zum Jahr 2060 auf 85,4 Jahre und bei Frauen auf 88,7 Jahre steigt. Dieser Gewinn dürfte aus heutiger Sicht vor allem auf einer Verringerung der Sterblichkeit in höheren Altersjahrgängen beruhen. Im Gegensatz dazu rechnet das BFS vor allem mit einem breiteren Rückgang der Sterblichkeit im Alter zwischen 0 und 40 Jahren. Alle anderen Annahmen von Szenario A – auch die Wanderungen – entsprechen denen des Szenarios MM.

Für eine Bevölkerungsprojektion mit verschiedenen Bevölkerungsgruppen müssen auch Annahmen über den Wechsel zwischen diesen Gruppen getroffen werden. Dabei geht es nicht bloss um die Annahme einer bestimmten, zukünftig wahrscheinlich höheren Einbürgerungsrate, sondern auch um die herkunfts-, alters- und geschlechtspezifische Verteilung der eingebürgerten Personen. In unserer Studie ist die Einbürgerung von Ausländern relevant, weil wir die Bevölkerung nach Nationalitätengruppen fortgeschrieben haben.

Einbürgerungen: unterschiedliche regionale Bedingungen

Zwischen 1985 und 1991 ging die Zahl der Einbürgerungen in der Schweiz zurück. Danach wurde der Erwerb des Schweizer Bürgerrechts sowohl in absoluten Zahlen als auch in Relation zur Grösse der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz wieder häufiger. So erwarben 1991 nur 8800 Ausländerinnen und Ausländer das Schweizer Bürgerrecht (1,0% der ausländischen Bevölkerung jenes Jahres). 1999 wurden bereits 20 263 Personen eingebürgert. Dies waren 1,5% der ausländischen Bevölkerung.

Im europäischen Vergleich ist die jährliche Einbürgerungsrate in der Schweiz relativ niedrig. Die Bedingungen für eine Einbürgerung sind in der Schweiz weniger leicht zu erfüllen als etwa in Skandinavien, in den Niederlanden oder in Deutschland.

Für eine ordentliche Einbürgerung ist nach geltendem Recht erforderlich, dass die Bewerberin oder der Bewerber insgesamt zwölf Jahre lang in der Schweiz gewohnt hat, davon drei Jahre in den letzten fünf Jahren vor Beantragung der Einbürgerung. Immer mehr Ausländer werden diese Bedingung zukünftig erfüllen. Stellt ein Ehepaar gemeinsam ein Gesuch und erfüllt ein Ehepartner die oben erwähnten Erfordernisse, gelten für den anderen weniger strenge Bedingungen: Bei der Aufenthaltsdauer genügt in diesem Fall ein Wohnsitz von fünf Jahren in der Schweiz, davon ein Jahr unmittelbar vor der Stellung des Gesuchs.

Es genügt in der Schweiz allerdings nicht, die Mindestbedingungen des Bundesrechts zu erfüllen. Zum mindest bei der ordentlichen Einbürgerung sind die Be-

*Die Bedingungen
für eine Einbür-
gerung sind in
der Schweiz
weniger leicht zu
erfüllen als etwa
in Skandinavien,
in den Nieder-
landen oder in
Deutschland.*

dingungen für den Erwerb des Schweizer Bürgerrechts regional unterschiedlich, weil es zusätzliche Kriterien für den Erwerb des kantonalen und des Gemeindebürgerechts gibt, unterschiedlich. In sämtlichen Kantonen mit Ausnahme von Uri und Obwalden gelten für gewisse Personengruppen, insbesondere für ausländische Angehörige der so genannten zweiten Generation inzwischen erleichterte Verfahren. Dies betrifft hauptsächlich die Höhe der Verwaltungsgebühr und die erforderliche Mindestaufenthaltsdauer. In einigen Kantonen gilt der Grundsatz, dass ausländische Personen der zweiten Generation ein Anrecht auf das Schweizer Bürgerrecht haben. Unabhängig von ihrer Wohngemeinde haben in der Schweiz lebende ausländische Ehepartner von Schweizer Bürgern das Recht auf erleichterte Einbürgerung. Auch hier wächst die Zahl der Anspruchsberechtigten, weil binationale Ehen in der Schweiz häufiger werden.

Der Bundesrat setzte am 30. April 1999 eine Arbeitsgruppe ein, die sich mit der Frage der Revision des Bürgerrechts beschäftigt. Diese Arbeitsgruppe kam in ihrem im Dezember 2000 veröffentlichten Bericht zum Schluss, dass das Schweizer Bürgerrecht aufgrund der teilweise restriktiven Handhabung, des lange dauernden und in manchen Gemeinden recht teuren Verfahrens sowie der langen Fristen des Mindestaufenthalts einer Revision unterzogen werden soll. Wegen der kantonalen Unterschiede und der fehlenden Rekursmöglichkeiten für abgelehnte Bewerber soll in einer Überarbeitung eine Ungleichbehandlung der Bewerber verhindert werden. Damit würde auch den Mindestanforderungen der Europäischen Staatsangehörigkeitskonvention entsprochen. Die Arbeitsgruppe schlug vor, dem Bund durch eine Revision der Bundesverfassung die Kompetenz zu erteilen, Vereinfachungen für die Einbürgerung junger, in der Schweiz aufgewachsener Ausländerinnen und Ausländer vorzusehen und eine Beschwerdeinstanz einzurichten. Darüber hinaus gibt es den Vorschlag, den in der Schweiz geborenen Enkeln ausländischer Zuwanderer – also der so genannten dritten Generation – unter gewissen Voraussetzungen bei der Geburt automatisch das Schweizer Bürgerrecht zu verleihen. Das

würde die Einführung einer ius soli-Staatsbürgerschaft bedeuten.

Der weitere Verlauf dieses politischen Prozesses ist heute noch nicht abzusehen. Es erschien uns jedoch sinnvoll, die Möglichkeit einer weiteren Erhöhung der Einbürgerungsraten in einem eigenen Szenario zu berücksichtigen. Für Szenario E dieser Studie wurde daher eine moderate Erhöhung der Einbürgerungsrate angenommen. Sie steigt in diesem Szenario für EU/EWR-Ausländer auf 1,2% und für Staatsangehörige heutiger Nicht-EU/EWR-Staaten auf 3,0% jährlich. Damit läge die durchschnittliche Einbürgerungsrate aller Ausländer am Beginn der Projektion bei 2,0% (BFS: 1,5%) und würde während des Projektionszeitraums etwas ansteigen, weil sich die Zusammensetzung der ausländischen Wohnbevölkerung zukünftig zu Gunsten der Nicht-EU/EWR-Bürger verschieben wird.

Szenario W kombiniert die Wanderungsannahmen von Szenario MM mit den Sterblichkeitsannahmen von Szenario A und der Einbürgerungsannahmen von Szenario E. Es stellt aus heutiger Sicht die wahrscheinlichste demographische Zukunft der Schweiz dar (daher Szenario W).

Die *Ergebnisse* der Szenarien von Avenir Suisse machen klar: Es ist keinesfalls zwingend, dass eine deutliche Zunahme der Geburtenhäufigkeit, eine Verlängerung der Lebenserwartung und höhere Zuwanderungen zusammen kommen müssten, um in der Schweiz einen Rückgang der Einwohnerzahl aufzuhalten. Wie unsere Szenarien zeigen, haben unterschiedliche Verläufe der zukünftigen Aussenwanderungen einen prägenden Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung der Schweiz.

Szenario MM unserer Studie zeigt, dass bereits eine langfristige Fortsetzung der Zuwanderung auf dem durchschnittlichen Niveau der letzten 20 Jahre (netto +20 000 Personen jährlich; davon +28 000 Ausländer, -8000 Schweizer) die Bevölkerung der Schweiz für die nächsten 30 Jahre ansteigen und danach zumindest stagnieren liesse. Die Bevölkerung der Schweiz würde dann im Jahre 2060 bei 7,9 Mio. liegen, um 750 000 Einwohner mehr als heute. Das wäre ein Zuwachs um etwa 10%.

Höhere Zuwanderungen in der Größenordnung von netto +29 000 Personen pro Jahr (+35 000 Ausländer, -6000 Schweizer

.....
Ohne Zuwanderung verringert sich einerseits die Zahl der Kinder und Jugendlichen, andererseits die Zahl der Menschen im Haupterwerbsalter.

.....

Bürger) würden die Bevölkerung der Schweiz bis 2060 sogar auf 8,7 Mio. Menschen ansteigen lassen (Szenario MH). Geringere Zuwanderungen von nur +4800 Personen pro Jahr (+14 800 Ausländer, -10 000 Schweizer Bürger), wie in Szenario MT angenommen, würden den durch den zukünftigen Sterbeüberschuss in der Schweiz möglichen Bevölkerungsrückgang hingegen nicht aufhalten können. Eine stärkere Erhöhung der Lebenserwartung – wie in Szenario A angenommen – führt ebenfalls zu einem Bevölkerungsgewinn. Bei gleichen Wanderungs- und Fertilitätsannahmen wie in Szenario MM würde die Bevölkerung im Jahre 2060 auf 8,2 Mio. (statt auf 7,9 Mio. wie in Szenario MM) ansteigen: ein Zuwachs von 950 000 Personen bzw. +14% gegenüber heute.

Zuwanderungen verlangsamen Alterungsprozess

Ohne Zuwanderung verringert sich einerseits die Zahl der Kinder und Jugendlichen, andererseits die Zahl der Menschen im Haupterwerbsalter. Dies ist bedeutsam, denn die 20- bis 64-Jährigen erwirtschaften derzeit den Hauptteil des Brutto-Inlandprodukts und tragen die Hauptlast der Finanzierung von AHV und öffentlichen Haushalten. Die Grösse der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter würde auch bei Fortsetzung einer mittleren Zuwanderung in den nächsten Jahrzehnten etwas sinken, jedoch deutlich geringer als im «Trend»-Szenario des BFS prognostiziert. Die Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren sinkt in Szenario MM dieser Untersuchung bloss von 4,42 Mio. (2000) auf 4,34 Mio. (2060), also um 83 000 Personen. Dieser Rückgang findet erst nach 2030 statt. Im «Trend»-Szenario des BFS beginnt der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bereits früher und erreicht bis 2060 ein Minus von 517 000 Personen bzw. -12%.

Zuwanderung kann den demographischen Alterungsprozess nicht aufhalten, aber etwas verlangsamen. Bei mittleren Zuwanderungen würden im Jahr 2060 auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 64 Jahren immerhin 45 Menschen im Alter 65 und darüber kommen (Szenario MM). Zum Vergleich: Im

Jahr 2000 lag die Altenquote erst bei 25 Älteren pro 100 Erwerbsfähigen. Bei höheren Zuwanderungen, wie in Szenario MH angenommen, läge diese Relation im Jahr 2060 bei 42 Älteren pro 100 Personen im erwerbsfähigen Alter. Höhere Zuwanderung in den hier untersuchten Dimensionen hat also nur einen relativ geringen Einfluss auf die zukünftige Altersstruktur der Schweiz.

Eine Verlängerung der Lebenserwartung, wie in Szenario A angenommen, würde die Bevölkerungsgrösse weniger stark beeinflussen als eine erhöhte Zuwanderung. Bei einem Anstieg der Lebenserwartung auf 85,4 Jahre für Männer und 88,7 Jahre für Frauen würden zum Ende des Betrachtungszeitraumes (2060) um 250 000 Menschen mehr in der Schweiz leben, als bei einem geringeren Anstieg der Lebenserwartung, wie ihn das offizielle «Trend»-Szenario des BFS unterstellt. Diese demographischen «Gewinne» würden vor allem die hochbetagte Bevölkerung vergrössern. Im Szenario A und W verdoppelt sich die Zahl der Menschen im Alter von 65 Jahren von derzeit 1,1 Millionen bis 2060 auf 2,2 Millionen Personen. Und die Zahl der über 80-Jährigen wird sich voraussichtlich von derzeit 290 000 (2000) auf 876 000 Personen im Jahre 2060 verdreifachen: gut 230 000 mehr als im BFS-Szenario «Trend» erwartet. Auch zukünftig werden viele Menschen in diesem Alter in starkem Masse Leistungen des Gesundheitswesens sowie vor allem Pflegeleistungen benötigen, die zunehmend von Personen oder Institutionen ausserhalb der Familie erbracht werden müssen. Denn sinkende Heiratshäufigkeit, steigende Scheidungsraten und eine grössere Kinderlosigkeit werden dazu führen, dass viele der heute noch jüngeren Schweizerinnen und Schweizer im Alter keine nahen Familienangehörigen haben werden. Daher würde eine Vergrösserung dieser Bevölkerungsgruppe auf mehr als das Dreifache einen erheblichen Ausbau der entsprechenden Dienste und eine neue Diskussion über ihre Finanzierung erfordern.

Die Schweiz gehört schon heute im internationalen Vergleich zu den Ländern mit dem höchsten Anteil von Ausländern an der Gesamtbevölkerung. Ein weiterer Anstieg des Anteils der Ausländer ist in fast jedem Fall zu erwarten, da zumindest

*Sinkende Heirats-
häufigkeit,
steigende
Scheidungsraten
und eine grössere
Kinderlosigkeit
werden dazu
führen, dass
viele der heute
noch jüngeren
Schweizerinnen
und Schweizer im
Alter keine nahen
Familienange-
hörigen haben
werden.*

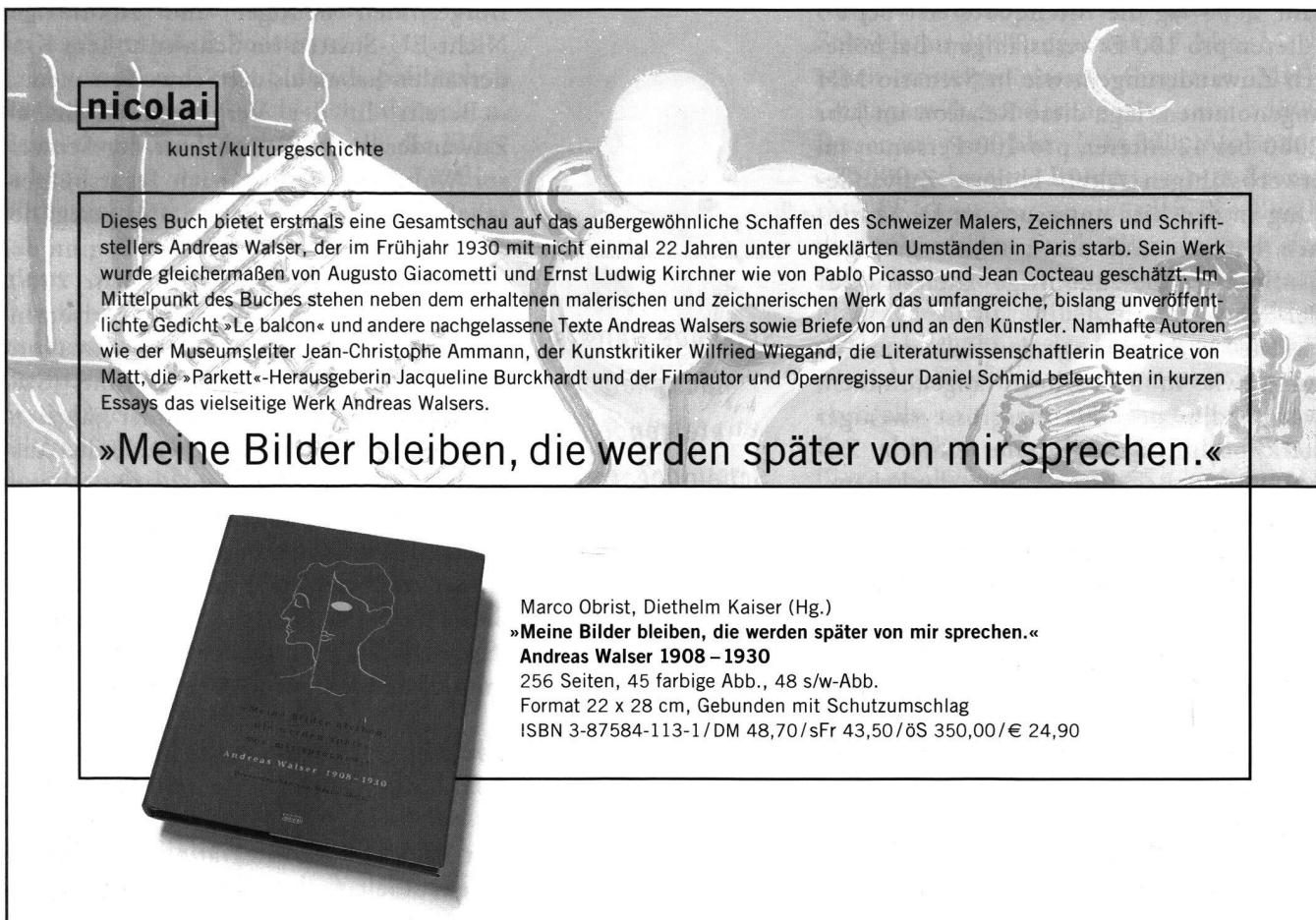
Bürgerinnen heutiger und zukünftiger Nicht-EU-Staaten im Schnitt höhere Kinderzahlen haben als die Schweizerinnen.

Bereits in der Vergangenheit haben Zuwanderungen die Struktur der Schweizer Wohnbevölkerung nach Staatsbürgerschaft erheblich verändert. So stieg der Ausländeranteil von 14,4% zu Beginn der Achtzigerjahre auf 19,8% im Jahr 2000. Das wird sich auch zukünftig fortsetzen. Bei Fortsetzung der hier von uns angenommenen Wanderungsgewinne (Szenario MM: +28 000 Ausländer jährlich, -8000 Schweizer jährlich) würde der Ausländeranteil bis 2060 auf 26,4% steigen. Bei höheren Zuwanderungen, wie in Szenario MH angenommen, würde der Ausländeranteil bis 2060 auf 28,1% steigen. Selbst bei sehr geringen Zuwanderungen (Szenario MT) würde der Ausländeranteil immerhin noch auf 21,8% steigen.

Geographische Herkunft der Ausländer

Mit Blick auf die Integration von Zuwanderern spielt auch die kulturelle und geographische Herkunft eine Rolle. Zuwanderern aus den heutigen EU/EWR-Staaten fällt möglicherweise eine Integration in die Schweizer Gesellschaft schon durch die Ähnlichkeit der Bildungssysteme und kulturellen Traditionen leichter als Zuwanderern aus asiatischen oder afrikanischen Ländern. Neben der Entwicklung des Ausländeranteils insgesamt ist daher der Anteil einzelner Herkunftsstaaten bzw. Staatengruppen interessant. Unsere Studie trägt der Relevanz dieses Aspektes durch die separate Projektion von drei Bevölkerungsgruppen Rechnung. Wir unterscheiden zwischen Schweizer Bürgern, EU/EWR-Ausländern und Nicht-EU/EWR-Ausländern. Abgrenzungskriterium ist die heutige Zugehörigkeit zur EU-15 bzw. zum EWR. Obwohl in den kommenden zwei Dekaden bis zu 12 weitere Staaten der EU beitreten werden, bleiben deren Bürger in unserer Projektion Teil der Nicht-EU/EWR-Bevölkerung.

Die 1,4 Mio. Ausländer in der Schweiz machten im Jahr 2000 rund 19,8% der Wohnbevölkerung aus. Darunter waren 804 000 Bürger von EU/EWR-Staaten (11,3% der Wohnbevölkerung bzw. 56,5% der ausländischen Bevölkerung)



nicolai
kunst/kulturgeschichte

Dieses Buch bietet erstmals eine Gesamtschau auf das außergewöhnliche Schaffen des Schweizer Malers, Zeichners und Schriftstellers Andreas Walser, der im Frühjahr 1930 mit nicht einmal 22 Jahren unter ungeklärten Umständen in Paris starb. Sein Werk wurde gleichermaßen von Augusto Giacometti und Ernst Ludwig Kirchner wie von Pablo Picasso und Jean Cocteau geschätzt. Im Mittelpunkt des Buches stehen neben dem erhaltenen malerischen und zeichnerischen Werk das umfangreiche, bislang unveröffentlichte Gedicht »Le balcon« und andere nachgelassene Texte Andreas Walsers sowie Briefe von und an den Künstler. Namhafte Autoren wie der Museumsleiter Jean-Christophe Ammann, der Kunstkritiker Wilfried Wiegand, die Literaturwissenschaftlerin Beatrice von Matt, die »Parkett«-Herausgeberin Jacqueline Burckhardt und der Filmautor und Opernregisseur Daniel Schmid beleuchten in kurzen Essays das vielseitige Werk Andreas Walsers.

»Meine Bilder bleiben, die werden später von mir sprechen.«

Marco Obrist, Diethelm Kaiser (Hg.)
»Meine Bilder bleiben, die werden später von mir sprechen.«
Andreas Walser 1908 – 1930
 256 Seiten, 45 farbige Abb., 48 s/w-Abb.
 Format 22 x 28 cm, Gebunden mit Schutzumschlag
 ISBN 3-87584-113-1 / DM 48,70 / sFr 43,50 / öS 350,00 / € 24,90

und 69 000 Bürger von Nicht-EU/EWR-Staaten (8,6% der Wohnbevölkerung bzw. 43,5% der ausländischen Bevölkerung). Der Anteil der Bürger von Staaten, die heute nicht der EU bzw. dem EWR angehören, wird mit grosser Wahrscheinlichkeit deutlich steigen. Während die Anzahl der Schweizer Bürger im Szenario MM bis 2060 insgesamt nur um 1% wächst, vergrössert sich die Zahl der Ausländer auf das Eineinhalbache auf knapp über 2 Millionen: ein Plus von +49% gegenüber 2000. Dieses Wachstum geht in Szenario MM ausschliesslich auf das Konto der Bürger heutiger Nicht-EU/EWR-Staaten. Ihre Zahl stiege von derzeit knapp 620 000 (2000) auf 1,4 Millionen: ein Plus von 137%. Sie werden dann 17,8% der Wohnbevölkerung (2000: 8,6%) bzw. 67,4% der ausländischen Bevölkerung der Schweiz stellen (2000: 43,5%). Dagegen würde sich die Zahl der Bürger heutiger EU/EWR-Staaten von derzeit 804 000 bzw. 11,2% der Wohnbevölkerung bis 2060 auf 683 000 bzw. 8,6% der Wohnbevölkerung sinken. Die Umkehrung der Proportionen zwischen EU/EWR-Aus-

ländern und Nicht-EU/EWR-Ausländern während der kommenden 60 Jahre hat einerseits mit der höheren durchschnittlichen Kinderzahl der Nicht-EU/EWR-Ausländerinnen zu tun. Andererseits erklärt er sich aus der zukünftig wohl viel geringeren Zuwanderung aus heutigen EU/EWR-Staaten. Im Szenario MT mit seinen insgesamt niedrigeren Wanderungsannahmen erreicht der Anteil der Nicht-EU/EWR-Ausländer an der ausländischen Bevölkerung im Jahr 2060 sogar über 80%. In diesem Szenario wurde allerdings auch eine langfristige Fortsetzung des geringfügig negativen Wanderungssaldos angenommen, den die EU/EWR-Ausländer in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre hatten.

Der zukünftige Ausländeranteil wird oft als Indikator für die wachsende ethnische Vielfalt der Schweizer Gesellschaft, aber auch für einen höheren Integrationsbedarf angesehen. Der Erwerb des Bürgerrechts ist eine wesentliche Dimension der politischen und gesellschaftlichen Integration von Zuwanderern und ihren Kindern. Daneben werden Sprache, kulturelle und reli-

giöse Traditionen sowie die Sozialisation im Herkunftsland jedoch ihre Bedeutung für die ethnische Struktur der Schweiz behalten. Dies wird bei der Betrachtung der Bevölkerungsstruktur nach Staatsangehörigkeit nicht sichtbar. Erfahrungen in anderen Staaten zeigen, dass der Erwerb der Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes für Immigranten keineswegs der Endpunkt der gesellschaftlichen Integration ist bzw. sein muss. Es gibt jedoch wenig Zweifel, dass eine höhere Einbürgerungsbereitschaft sowie die tatsächliche Einbürgerung die Integration von Zuwanderern positiv beeinflussen.

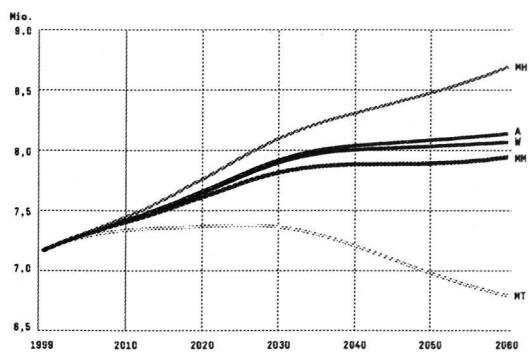
Szenario E analysiert die Konsequenzen etwas höherer Einbürgerungen. Hier erreicht die Zahl der Bürger von Staaten, die heute nicht Mitglied von EU und EWR sind, im Jahr 2060 etwa 1,07 Millionen: einen Anteil an allen Ausländern von rund 63% (Szenario MM: 67,4%). Im Vergleich dazu gingen Zahl und Anteil der Bürger der heutigen EU/EWR-Staaten von 804 000 Personen (bzw. 11,4% der gesamten Bevölkerung) auf 630 000 Personen (bzw. 8,0%) im Jahre 2060 zurück. Dies hat wesentlich mit dem schon heute erkennbaren Trend zu tun, dass sich Bürger von Drittstaaten ausserhalb der EU in stärkerem Masse einbürgern lassen als Staatsangehörige heutiger EU/EWR-Staaten.

Der wahrscheinlichste Fall

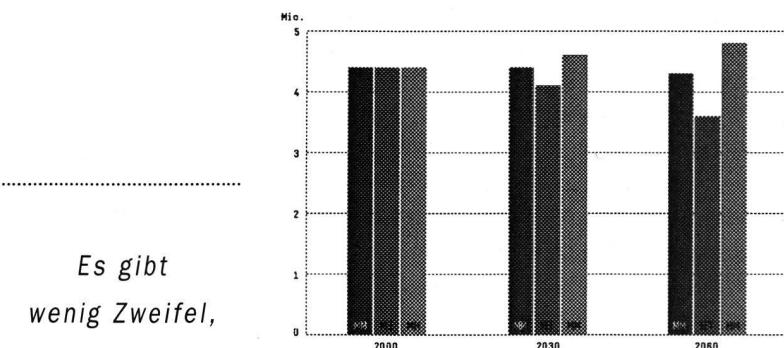
Was ist der wahrscheinlichste Fall für die zukünftige demographische Entwicklung der Schweiz? Mit grösster Wahrscheinlichkeit liegt die zukünftige Entwicklung innerhalb des Bereiches, den die Szenarien JJ, MT, MH, A und E von Avenir Suisse abstecken: Szenario W kombiniert die Annahmen von Szenario MM zum mittleren Niveau internationaler Wanderungen, von Szenario A zu einer stärkeren Verlängerung der Lebenserwartung und von Szenario E zu höheren Einbürgerungen. Diese Kombination skizziert nach unserer Auffassung aus heutiger Sicht die plausibelste demographische Zukunft der Schweiz. Szenario W repräsentiert somit den wahrscheinlichsten Fall.

Unter den Annahmen von Szenario W hätte die Schweiz im Jahr 2060 rund 8 070 000 Einwohner, durch die längere

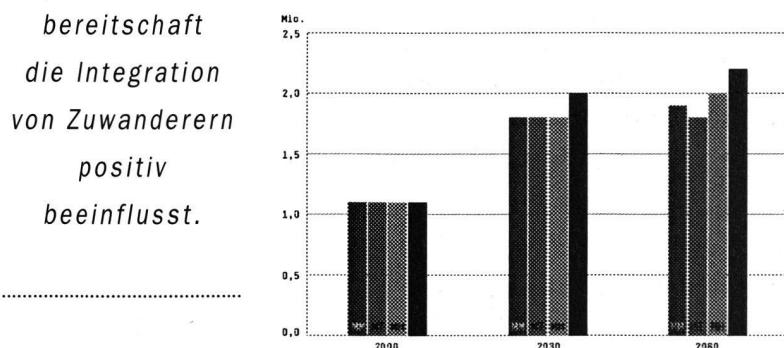
Einwohnerzahl der Schweiz, 1999–2060: Szenarien von Avenir Suisse



Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, 2000, 2030, 2060: Szenarien MM, MT und MH von Avenir Suisse



Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter, 2000, 2030, 2060: Szenarien von Avenir Suisse



Lebenserwartung etwas mehr als in Szenario MM (7 944 000 Personen). Die Annahme längerer Lebenserwartung würde auch die demographische Alterung der Schweiz beschleunigen. Szenario W prognostiziert, dass 27,2% der Wohnbevölkerung des Jahres 2060 älter als 65 Jahre sein werden, darunter allein 10,9% im Alter von 80 und darüber. Der Altersquotient läge am Ende des Betrachtungszeitraumes bei 52 Älteren (65-Jährigen) auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (20–64 Jahre). (Szenario MM: 45 auf 100, BFS-Trend-Szenario: 43 auf 1000). Die Belastung für das System

der Alterssicherung, aber auch der zukünftige Bedarf an Pflegeleistungen, die sich aus der demographischen Entwicklung ergeben, sind also unserer Ansicht nach höher, als bisher von offizieller Seite erwartet.

Für 2060 rechnet das Szenario W mit einem Ausländeranteil von 21,1%. Wegen der höheren Einbürgerung ist dieser Wert deutlich geringer als in Szenario M (26,4%). Das BFS erwartet in seinem «Trend»-Szenario für 2060 einen Ausländeranteil von 22,8%. Beide Werte sind ähnlich gross. Allerdings rechnet Szenario W mit einem höheren Bevölkerungsanteil von eingebürgerten Immigranten bzw. eingebürgerten Kindern und Enkeln ausländischer Zuwanderer als das offizielle BFS-Szenario «Trend». Szenario W macht somit eines klar: Eine moderate Anhebung der Einbürgerungsrate von derzeit 1,5% auf 2,0% würde ausreichen, um den Ausländeranteil auch bei mittlerer Zuwanderung und trotz höherer Kinderzahl der ausländischen Bevölkerung nicht weit über 20% anwachsen zu lassen.

Die demographische Prognose ist klar und eindeutig: Die Bevölkerung der

*Die Belastung
für das
System der
Alterssicherung,
aber auch
der zukünftige
Bedarf an
Pflegeleistungen,
die sich
aus der
demographischen
Entwicklung
ergeben, sind
also höher, als
bisher von
offizieller Seite
erwartet.*

Schweiz wird im 21. Jahrhundert weiter altern. Es wird zukünftig weniger Kinder und Jugendliche geben. Das Durchschnittsalter der Erwerbsfähigen wird steigen. Und vor allem die Zahl der Hochaltrigen und Pflegebedürftigen wird deutlich zunehmen. Diese Einsicht ist nicht neu und wurde in anderen Untersuchungen bereits ausgesprochen. Diese Entwicklung ist eine Folge der steigenden Lebenserwartung und der geringen Kinderzahlen in der Schweiz. Andere europäische Länder sind mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Die Identifikation daraus folgender alternativer Entwicklungen und politischer Handlungsspielräume ist ein wichtiges Ergebnis der hier präsentierten Prognose.

Wir erwarten ein deutliches weiteres Sinken der Mortalität, vor allem im höheren Lebensalter, was die Alterung der Schweizer Bevölkerung verstärken wird. Zugleich ist die Alterung eine Spätfolge des Baby-Booms der Fünfziger- und Sechzigerjahre, denn die Angehörigen dieser an Zahl «stärksten» Generation des 20. Jahrhunderts werden alle gemeinsam alt.



SG Rüegg Bank

Die traditionsreiche Zürcher Privatbank, 1922 in Zürich gegründet, widmet sich seit ihren Anfängen der umfassenden, persönlichen Finanzberatung.

Am Geschäftssitz an der Talstrasse 66, mitten in Zürich, sowie in Genf und Lugano bietet die **SG Rüegg Bank** einer internationalen Kundschaft massgeschneiderte Finanzdienstleistungen im Private Banking von höchster Qualität an.

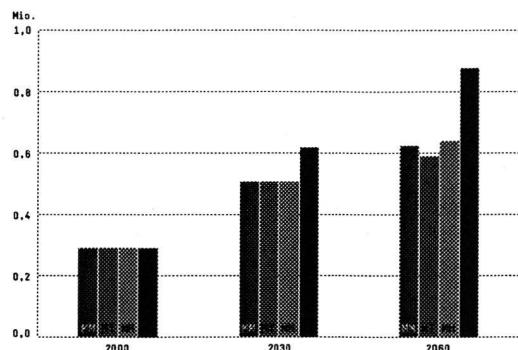
Die direkte Mitgliedschaft an der Schweizer Börse (SWX) garantiert unseren Kunden eine rasche und vorteilhafte Ausführung von Börsenaufträgen.

Durch die Integration der **SG Rüegg Bank** in die weltweit angesehene Gruppe der Société Générale ist die Bank zudem in der privilegierten Lage, den sehr persönlichen, diskreten Service einer Schweizer Privatbank anzubieten und gleichzeitig auf das Know-how einer international erfolgreichen Grossbank zurückgreifen zu können.

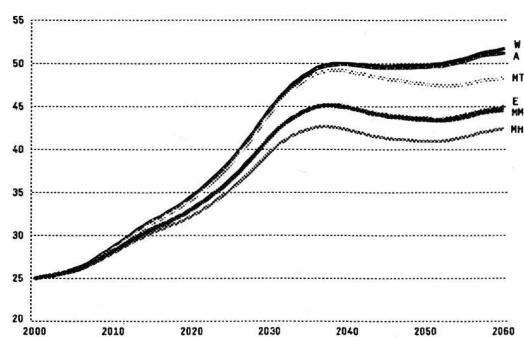
SG Rüegg Bank AG

- | | |
|----------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <i>Zürich:</i> | Talstrasse 66, CH-8001 Zürich, Postadresse: Postfach, CH-8039 Zürich
Tel. +41 (0)1 218 56 11, Fax +41 (0)1 211 64 16, Fax Börse: +041 (0)1 218 58 88 |
| <i>Lugano:</i> | Riva Albertolli 1, Casella Postale, CH-6901 Lugano
Tel. +41 (0)91 912 32 32, Fax +41 (0)91 912 32 35 |
| <i>Genf:</i> | 17–19, rue De-Candolle, 1205 Genève, Case postale, CH-1211 Genève
Tel. +041 (0)22 317 82 82, Fax +041 (0)91 317 82 83 |

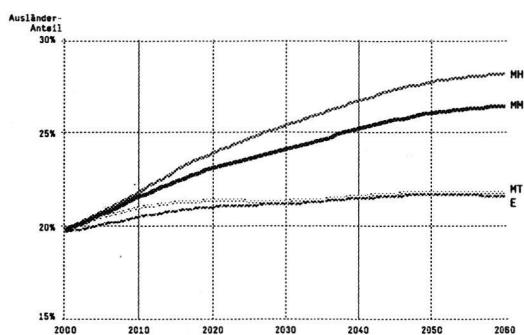
Bevölkerung im Alter von 80 Jahren und älter, 2000, 2030, 2060: Szenarien von Avenir Suisse



Altersquotient, 2000–2060: Szenarien von Avenir Suisse



Anteil der ausländischen Bevölkerung, 2000–2060: Szenarien von Avenir Suisse



Ein Zweites machen unsere Prognosen auch klar: Ohne weitere Zuwanderung würden die Einwohnerzahl der Schweiz und insbesondere die Zahl der Menschen im Haupterwerbsalter (20–65 J.) zukünftig schrumpfen. Dafür sorgen die seit den späten Siebzigerjahren unverändert niedrigen Kinderzahlen pro Frau bzw. pro Familie. Schweizerinnen und Migrantinnen aus anderen europäischen Ländern bekamen nach 1970 weniger Kinder als die Generation davor. Deshalb wird es zukünftig weniger potenzielle Eltern geben. Weitere Geburtenrückgänge im Laufe des 21. Jahrhunderts sind damit quasi vorprogram-

miert. Auch eine sehr ambitionierte Familienpolitik würde dies kaum verhindern können. Zugleich wird die Zahl der Sterbefälle auf absehbare Zeit nicht kleiner, sondern grösser. Denn ab 2020 kommt die Babyboom-Generation ins Sterbealter. Zusammen bedeutet das: einen kräftigen Alterungsschub und ab etwa 2025 laufend mehr Sterbefälle als Geburten. Bei der einheimischen Bevölkerung der Schweiz ist diese Situation bereits erreicht. Ohne Einbürgerungen wäre die Zahl der Schweizerinnen und Schweizer bereits seit etlichen Jahren rückläufig.

Unsere Bevölkerungsszenarien zeigen: Der Alterungsprozess der Schweizer Gesellschaft lässt sich auch durch Zuwanderung nicht mehr rückgängig machen, allenfalls kann Migration diesen Prozess ein wenig bremsen. Denn Zuwanderer bewirken keine geringere Zahl alter Menschen, sondern mit der Zeit eher eine noch grössere; denn auch Migranten werden älter. Sehr wohl aufhalten lässt sich dagegen ein Rückgang der Bevölkerung, insbesondere ein Rückgang der Erwerbsbevölkerung. Dazu reicht jenes Niveau an Netto-Zuwanderung, das die Schweiz im Schnitt der letzten 20 Jahre ohnedies hatte.

Die letzte Hochphase der aktiven Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte lag zwischen den Fünfziger- und frühen Siebzigerjahren, als die Schweiz Hunderttausende Fremdarbeiter aus Nachbarstaaten – insbesondere aus Italien – und einigen anderen Mittelmeerländern ins Land holte. Dieser historische Vergleich zeigt allerdings auch, welche Probleme die Rekrutierung einer grossen Zahl von Arbeitskräften mit sich bringen kann. Denn mit einer dauerhaften Niederlassung der ausländischen Zuwanderer rechnete die Mehrheit damals nicht: weder die Arbeitsmigranten selbst, noch die Einheimischen. Daher bemühte man sich anfänglich auch kaum um Integration. Mit einigen ungeplanten Nebenfolgen dieser Fehleinschätzung sind wir bis heute konfrontiert. Und bis heute ist es keineswegs selbstverständlich, dass ausländische Zuwanderer nach längerem Aufenthalt auch Schweizer Bürger werden.

Bei bloss geringer Zuwanderung (Szenario MT, Nettozuwanderung pro Jahr +14 800 Ausländer) würde die Einwohnerzahl der Schweiz langfristig schrumpfen. Sie würde von derzeit knapp über 7,1 Mil-

lionen bis zum Jahr 2030 zwar auf 7,4 Millionen steigen, danach jedoch bis 2060 auf 6,8 Millionen sinken. Zugleich würde sich bis 2060 ohne eine nennenswerte Zahl von Neu-Zuwanderern auch die potenzielle Erwerbsbevölkerung im Alter zwischen 20 und 64 Jahren um 300 000 Personen verringern. Bei einer Netto-Zuwanderung von 35 000 Ausländerinnen und Ausländern pro Jahr würde die Zahl der 20- bis 64-Jährigen in der Schweiz bis zum Jahr 2060 um 850 000 Personen zunehmen (Szenario MH).

Einen erhöhten Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften wird es vor allem für die Zeit nach 2020 geben, wenn die Angehörigen der Babyboom-Generation – voraussichtlich alle mehr oder weniger gleichzeitig – in Ruhestand treten wollen. Das ist keineswegs nur ein Problem für Schweizer Betriebe und deren Personalrekrutierung sowie für die Finanzierung der AHV. Zugleich stellt sich die Frage, wer zukünftig Hilfe und Pflege für die dann rasch wachsende Zahl alter und gebrechlicher Menschen leistet. Und die Dimension dieses Problems wird noch grösser, wenn sich der Gewinn an Lebenserwartung – wie von uns erwartet – vor allem auf die höheren Altersgruppen konzentriert.

Präsenz eines politischen Spielraums

Als Antwort auf eine alternde und potenziell schrumpfende Bevölkerung gibt es mehrere Auswege: Einen kleinen Beitrag würde die Verkürzung der Ausbildungzeiten der Jungen leisten. Vor allem könnten Schweizer Kinder biographisch etwas früher mit der Schule beginnen. Denn im Schnitt liegt ihr Schuleintrittsalter über jenem anderer Industrieländer. Organisatorisch lässt sich dies nicht einfach bewältigen. Denn ein früherer Schuleintritt würde bedeuten, dass in einem bestimmten Jahr gleich zwei Jahrgänge von Kindern mit der Primarschule beginnen müssten. Damit wäre das Bildungswesen überfordert.

Organisatorisch leichter zu bewältigen ist die Verlängerung der Lebensarbeitszeit am anderen Ende der Biographie. Denn zweifellos könnten Schweizer Erwerbstätige im Alter später aus dem Berufsleben ausscheiden. Schon jetzt gehen die Schweizer im Alter später in den Ruhe-

.....
*Einen erhöhten
Bedarf an
zusätzlichen
Arbeitskräften
wird es vor
allem für
die Zeit nach
2020 geben,
wenn die
Angehörigen
der Babyboom-
Generation in
Ruhestand treten
wollen.*
.....

.....
*Es stellt
sich die Frage,
wer zukünftig
Hilfe und Pflege
für die dann
rasch wachsende
Zahl alter und
gebrechlicher
Menschen leistet.*
.....

stand als die Bewohner der Nachbarländer. Allerdings fehlt es heute an einem funktionierenden Arbeitsmarkt für Ältere. Dieser wäre jedoch die Voraussetzung für eine Anhebung des Pensionsalters. Stärker forcieren liesse sich die Berufstätigkeit von Frauen, insbesondere von verheirateten Frauen. Länder wie Frankreich, Skandinavien und die USA haben heute eine höhere Frauenerwerbstätigkeit als die Schweiz. Und zugleich bekommen Frauen in diesen Ländern keineswegs weniger Kinder als die Schweizerinnen, sondern sogar mehr Kinder. Dazu sind entsprechende Rahmenbedingungen nötig: eine möglichst flächendeckende Versorgung mit ganztägig geöffneten Kindergärten und Vorschulen, aber auch mit Ganztagsesschulen, in denen Kindern nicht bloss Stoff vermittelt wird, sondern wo sie auch ein Mittagessen bekommen und einen Grossteil der Hausaufgaben erledigen.

Schliesslich bleibt eine schon in der Vergangenheit genutzte Option: Die Schweiz kann wieder mehr Migranten ins Land holen, als dies während der mittleren und späten Neunzigerjahre der Fall war.

Die Liste möglicher Antworten zeigt: Es gibt einen politisch gestaltbaren Spielraum. Sie zeigt uns aber auch, dass auf Zuwanderung nur dann verzichtet werden könnte, wenn die Schweizer ihre Lebensarbeitszeit deutlich verlängern. Bisher ging die Tendenz in die Gegenrichtung. Auch viele Betriebe entwickelten Strategien zur Verjüngung ihres Mitarbeiterstabes. Und viele Mütter, die nach der Geburt eines Kindes ihre Erwerbstätigkeit aufgaben, kehrten nicht wieder ins Berufsleben zurück. Auch deshalb wird derzeit das Potenzial an Erwerbsfähigen keineswegs ausgeschöpft. Erforderlich sind daher nicht nur mehr Kindergärten und Ganztagsesschulen, sondern zugleich bessere Qualifizierungsmöglichkeiten für Erwachsene. Es muss möglich werden, dass auch Personen über 40 frisches Wissen erwerben und ihre beruflichen Chancen verbessern können. Gerade angesichts einer im 21. Jahrhundert alternden Erwerbsbevölkerung ist dies für die Zukunft des Produktions- und Dienstleistungsstandorts Schweiz entscheidend. Und ohne ein solches Angebot werden sich die einheimischen Erwerbstätigen zweifellos weniger von der Notwendigkeit einer erneuten

Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte überzeugen lassen.

Wenn sich die Schweiz zur Option der geregelten, aber auf Dauer angelegten Einwanderung entschliesst, braucht es zuvor eine breite politische Diskussion, die den Nutzen von Zuwanderung plausibel macht und die Probleme nicht verschweigt. Anschliessend bedarf es einer aktiven Verständigung darüber, wer hier zusätzlich einwandern soll. Schliesslich geht es um einen geeigneten Regelungsmechanismus. Dazu benötigt die Schweiz früher oder später ein modernes Einwanderungsgesetz und eine erleichterte Verleihung des Bürgerrechts insbesondere an Kinder und Enkel ausländischer Zuwanderer. Denn die Antwort auf die Alterung und potenzielle Schrumpfung der Bevölkerung heisst nicht, neue Fremdarbeiter ins Land zu holen, sondern Zuwanderer und deren Kinder über kurz oder lang auch als Neubürger zu gewinnen.

Geregelte und auf Dauer gestellte Zuwanderung erfordert eine institutionelle Form der Abstimmung zwischen Bund und Kantonen, aber auch zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften über jene jährlich anzupassenden Details, die ein Einwanderungsgesetz nicht vorab festlegen kann. Zu diesen Details gehören die aktuell benötigten Qualifikationen, die Obergrenzen und die Anpassung der Auswahl- und Zulassungskriterien. Damit wäre ein modernes Einwanderungsgesetz zugleich ein Gesetz zur Begrenzung von Einwanderung.

Klare Zukunftsperspektiven: für die Schweiz und die Zuwanderer

Wesentlicher als die Festlegung von Obergrenzen ist freilich die Festlegung von Kriterien und die Vorgabe von Kategorien. Denn die Schweiz wird im 21. Jahrhundert Zuwanderer benötigen, die sich rasch und erfolgreich in den Arbeitsmarkt integrieren, oder die sich hier selbstständig machen und selber Arbeitsplätze schaffen. Voraussetzungen dafür sind Qualifikation, Leistung, Sprachkenntnisse und die Bereitschaft, die Grundwerte der aufneh-

.....
*Es wird zwischen
den Staaten
Europas schon
bald zur
Konkurrenz
um attraktive
Zuwanderer
kommen.*

.....
*Die demogra-
phische Zukunft
der Schweiz wird
nach den hier
entwickelten
Szenarien zu-
gleich grauer,
aber auch bunter,
als dies bisherige
Projektionen nahe
gelegt haben.*

menden helvetischen Gesellschaft zu respektieren.

Die Zuwanderer von morgen dürfen erwarten, dass ihnen das Zielland Schweiz klare Zukunftsperspektiven bietet. Das ist im beiderseitigen Interesse. Denn eine alternde und schrumpfende Gesellschaft benötigt nicht in erster Linie neue Arbeitskräfte auf Zeit, sondern tatsächlich Einwanderer. Und die sollten rascher gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft werden als die Arbeitsmigranten des 20. Jahrhunderts. Wenn die Schweiz ihnen ein faires Angebot macht, darf sie von den Zuwanderern künftig auch grössere Integrationsanstrengungen erwarten. All dies setzt individuelle Lernprozesse bei den Einwanderungswilligen, aber auch kollektive Lernprozesse im Zielland, also bei der Mehrheit der Einheimischen voraus. Nur so lässt sich permanente Zuwanderung in einer Form organisieren, die eine politisch tragfähige Mehrheit der Schweizer Stimmbürgers akzeptieren kann.

Falls dieser Lernprozess misslingt, dürfte es die Schweiz in Zukunft schwerer haben. Denn nicht nur hier, sondern in fast allen Staaten Europas wird die einheimische Bevölkerung im 21. Jahrhundert rasch altern und schrumpfen. Deshalb wird es zwischen den Staaten Europas schon bald zur Konkurrenz um attraktive Zuwanderer kommen. Zugleich werden die USA und Kanada weiterhin beliebte Zielländer bleiben. Dies vergrössert die Konkurrenz um attraktive Zuwanderer.

Wir erwarten aufgrund von Zuwanderung in Zukunft keine insgesamt schrumpfende Bevölkerung, aber wesentlich mehr Hochaltrige und einen höheren Anteil alter Menschen. Und wir erwarten etwas mehr Ausländer und deutlich mehr eingebürgerte Schweizer. Die demographische Zukunft der Schweiz wird nach den hier entwickelten Szenarien zugleich grauer, aber auch bunter, als dies bisherige Projektionen nahe gelegt haben. Was in der Farbenlehre ein Paradox wäre, stellt für die Schweizer Gesellschaft eine der wichtigsten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts dar. ♦